

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Verantwortlich: Carl Neubauer
Postamt-Nr. 25 241
Postfach-Nr. 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 16. Septbr. 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk. Vierteljahrespreis für Monat September 1 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig
Die Anzeigen werden nach Folgendem berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 30 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 40 mm breite Reklamspalte 200 Pf., außerhalb 250 Pf., Oberseitenzettel 30 Pf., Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Verantwortung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariusstraße 34-42
Druck u. Verlag von **Wiesich & Reichardt** in Dresden
Vollständiger Kontos 1068 Dresden

Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Deutschland der Motor, England die Bremse.

Frankreich zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage. — Abrüstung ohne Sicherheit unannehmbar.

Die Reste von „Old Glory“ aufgefischt. — Eine Nationalversammlung in Spanien. — Peinliche Frage an Dr. Wirth.

Und Frankreich?

Erste Erkenntnis der Zweispieltigkeit des Versailler Vertrages.
Paris, 13. Sept. Zu der Beratung der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage in der dritten Völkerbunds-Kommission erklärt heute Sauerwein im „Matin“ u. a. für die vertragliche Lage des Völkerbundes gleichzeitige Sicherheit und Abrüstung gewährleisten zu müssen, sei allein der Versailler Vertrag verantwortlich. Dieser habe niemals die beiden Grundzüge der Versöhnung und der Ausführung der Verträge vereinigen können. Wenn die Alliierten sich auf bestimmte Forderungen des Vertrages hielten, hätten sie das Recht, deutsches Gebiet nötigenfalls länger als 15 Jahre zu besetzen, die völlige Entwaffnung Deutschlands und seiner Verbündeten zu kontrollieren und während einer unbestimmten Zahl von Jahren die Reparationen einzutreiben. Andererseits habe Deutschland das Recht, auf Grund des Artikels 8 die Abrüstung aller Nationen durch den Völkerbund zu verlangen. Sogar der Regierung sei es jetzt, sich über die nach ihrer Ansicht notwendigen Sicherheitsgarantien zu entscheiden.

Während auf der einen Seite Deutschland als Motor diene, da es die allgemeine Abrüstung immer wieder fordere, wirke auf der anderen Seite England als Bremse, da es nicht über die in den Sicherheits- und Schiedsverträgen gezogenen Grenzen hinausgehen wolle.

Wenn man zugleich Deutschland und England Genugtuung geben wolle, laufe man Gefahr, zur Abrüstung ohne Sicherheit zu gelangen, was unannehmbar sei. Chamberlain müsse einsehen, daß dank seiner Haltung die Arbeiten des Völkerbundes auf dem toten Punkt angelangt seien. Aus der nunmehr abgeschlossenen Generaldebatte der Vollversammlung zieht das „Petit Journal“ den Schluss, daß die Zusammenarbeit der drei Großmächte die einzige sichere Grundlage für die Befriedung Europas sei. (Z.-U.)

England will nicht der Sündenbock sein.

London, 13. September. Erst in ihrem heutigen Leitartikel nimmt die „Times“ zu der Rede Chamberlains Stellung, die sie in allen Punkten billigt. Der englische Außenminister habe durchaus mit Recht betont, daß die kleineren Staaten sich an den Intrigen gegen die Diplomatie der Großmächte beteiligten. Großbritannien habe durch Unterzeichnung des Locarno-Paktes ein praktisches Beispiel für seine Friedfertigkeit gegeben. Es sei nicht einzusehen, warum England unter diesen Umständen allein das Opfer der Ablehnung des Genfer Protokolls auf sich nehmen solle. Die französische Regierung müsse offen gefragt werden, warum sie bereit war, ein so allgemein gehaltenes Protokoll zu unterstützen, das zur Folge gehabt hätte, die Grenzen jener Nationen zu verteidigen, die hartnäcklich Forderungen im Sinne des Genfer Protokolls aufstellten. Chamberlain habe jederzeit an dem von Briand und Stresemann eingeleiteten Friedenswerk mitgearbeitet. Trotzdem habe seiner von ihnen den Vorwurf gemacht, den in der Vollversammlung herrschenden Eindruck zu verwischen, daß Eng-

land das Hindernis war, im Gegenteil, beide hätten sich die gegen Chamberlain erhobenen Anklagen zu eigen gemacht. Dem englischen Außenminister sei es jedoch vorenthalten geblieben, der Völkerbundsversammlung klipp und klar die Wahrheit zu sagen. (Z.-U.)

Die Alliierten gegen Locarno-Besprechungen.

Genf, 13. September. Der Zusammentritt der Locarno-Mächte noch vor der für Ende dieser Woche vorgesehenen Abreise Chamberlains und Briands scheint nach der gegenwärtigen Lage zweifelhaft zu werden. Von französischer und auch englischer Seite zeigt man wenig Neigung zu einem Zusammentritt der Locarno-Mächte, da man hierbei anscheinend eine Aufrollung der Rheinlandsfrage von deutscher Seite befürchtet.

Die nunmehr feststeht, wird Chamberlain Donnerstagabend, nach dem Abschluß der Wahlen zu dem Völkerbundsrat, Genf verlassen. Briand, der am 16. September zur Teilnahme an der am 17. stattfindenden Kabinettsitzung nach Paris reist, soll zu Beginn der nächsten Woche wieder nach Genf zurückkehren.

Auswahlfürungen in Genf.

Breitscheid über die geistige Zusammenarbeit.
Genf, 13. Sept. Nachdem gestern nachmittag der dritte, vierte und fünfte Ausschuss (Abrüstung, Budget, soziale Fragen) ihre Beratungen aufgenommen hatten, sind heute vormittag der erste Ausschuss für Rechtsfragen, der zweite für technische Organisationen und der sechste für Wirtschaftfragen an der Arbeit.

Im zweiten Ausschuss, in dem zunächst die internationale geistige Zusammenarbeit und das Pariser Institut zur Erörterung standen, nahm eine Reihe von Rednern das Wort, darunter auch als deutscher Vertreter der Abg. Breitscheid. Er sprach von den Beziehungen der einzelnen Mächte zu dem Pariser Institut, für welchen Zweck in Berlin in Kürze ein deutsches Verbindungsbüro eröffnet werde, von der Forderung des Studenten- und Professoren-Austausches durch Deutschland und kam dann auf das Urheberrecht zu sprechen. Bei der Forderung nach Vereinheitlichung der Schutzfrist für die Werke Verstorbenen trat er für die dreißigjährige Schutzfrist ein. Schließlich behandelte er unter Berufung auf einen Erlaß des preussischen Kultusministers die deutschen Bestrebungen zur Einführung der Völkerbunds-Materien in den Unterrichtsstoff der Schulen. Außerdem hand im zweiten Ausschuss das italienische Angebot an Errichtung eines internationalen Lehrstuhls in Rom zur Beratung, gegen dessen Errichtung außerhalb des Völkerbundsgebietes Einwände erhoben wurden.

Im sechsten Ausschuss schließlich wurde die im letzten Jahre geschlossene Sklavereikonvention behandelt, wobei Ransen das Verhalten Abyssiniens kritisierte, das den vorgeschriebenen Jahresbericht noch nicht erstattet habe.

Gajda und der tschechische Faschismus.

(Von unserem Prager Korrespondenten.)

Prag, 13. September 1927.
Als vor etwa Jahresfrist die Affäre Gajda zum ersten Male Staub in der internationalen Öffentlichkeit aufwirbelte, hoben wir hervor, daß die Art und Weise der Behandlung dieser Affäre in der Tschecho-Slowakei darauf schließen lasse, daß das Kapitel „Gajda“ längst noch nicht abgeschlossen sei. Das hat sich erfüllt: Rudolf Gajda alias Radula Gajda, dessen Laufbahn vom Drogistenlehrling zum Befehlshaber der tschechischen Legion in Russland und zum stellvertretenden Generalkommandeur der gesamten tschecho-slowakischen Armee wir als bekannt voraussehen, kehrt wieder einmal im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Er, der von sich selbst mit einer entsprechenden Portion Selbstgefälligkeit behauptet, daß seine Entwicklung ihn stets aus tiefsten Tiefen zu höchsten Höhen geführt habe und umgekehrt, scheint langsam wieder auf der Leiter des Erfolges emporzukriechen. Ganz gewiß ist Gajda mehr als lediglich ein Abenteuerer. Vielmehr muß er seine Karriere als Erschienen gewertet werden, wie sie nur das Dürre- und Gegenwärtigen im böhmischen Raume in den ersten Nachkriegsjahren und die an Spekulation so reiche tschechische Auslandsrevolution zustande bringen konnte.

Gajdas Persönlichkeit scheint gegensätzlicher und paradoxer als je.

Aus einer deutschsprechenden Familie stammend, ist Gajda doch Repräsentant des stärksten nationalen Chauvinismus der Tschechen.

Er ist der Gemeine mit der Generalspension, der Degradierte, der auch weiterhin in seiner Generalsuniform erscheint, den die einen als gemeinen Schwindler, Betrüger und Landesverräter verfluchen und die andern als Vetter des Vaterlandes, als edles und hochherziges Vorbild eines nationalen Helden verehren. Heute ist Gajda der unbefruchtete Führer der tschechischen faschistischen Bewegung, die vor ungefähr zwei Jahren ihren Anfang nahm. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Komplexität der Affäre Gajda, die bis heute noch keine Erledigung gefunden hat. Das offizielle Prag verheißt es nicht oder wagt es nicht, der unerquicklichen Angelegenheit endlich einmal ein Ende zu bereiten. Als vor einem Jahre bekannt wurde, daß die Faschisten zur Zeit des Solof-Kongresses einen Putsch planten, wurde Gajda plötzlich beurlaubt und zur Disposition gestellt. Nicht wegen seiner Verbindung mit den Faschisten, denn dies wäre gleichbedeutend mit einer Stärkung der Faschistenbewegung gewesen, der man auf so billige Weise keinen Märtyrer liefern wollte, sondern man trat gegen Gajda mit der schwereren Anklage auf, er habe den Sowjets wichtige militärische Geheimnisse verraten. Ein Instruktionbuch der französischen Armee, das in die Hände der Russen übergegangen war, spielte hierbei eine besondere Rolle. Man erforschte seinen Lebenslauf, und kam darauf, daß Gajdas Aufstieg eigentlich eine Diskreditierung jener Bewegung war, die man hierzulande tschechische Revolution nennt. Gajda wurde weiterhin beurlaubt, dann für dienstuntauglich erklärt und schließlich

degradiert, wobei man ihm drei Viertel seiner Generalspension ließ.

Das Gajda belastende Material ist aber bis zum heutigen Tage der Öffentlichkeit vorenthalten worden, so daß Gajdas Behauptung, daß es sich um ein politisches Komplott gegen seine Person handelte, bei seinen Anhängern an Stabilität gelangt. Ja, es ist sogar eine gewisse Rehabilitierung Gajdas dadurch erfolgt, daß der Disziplinar-Ausschuss zweiter Instanz nach zuverlässigen Meldungen der tschechischen Presse (das Urteil wird beziehungsweise nicht bekanntgegeben, angeblich weil der Nationalverteidigungsminister seine Unterschrift noch nicht darunter gesetzt hat) die Anklage wegen Spionage fallen lassen mußte und nur Gajdas Beteiligung an einer umstürzlerischen Bewegung annahm.

Inzwischen trat ein Ereignis ein, das der Regierung den Anlaß bot, sich mit der faschistischen Bewegung und mit der Persönlichkeit Gajdas zu befassen. Faschistische Putschpläne drangen in der Nähe Prags in die Villa eines Ministerialrates des Prager Nationalverteidigungsministeriums ein, raubten dort sämtliche auf Gajda bezüglichen Akten, die der Ministerialrat zur ruhigeren Bearbeitung mit nach Hause genommen hatte. Obwohl amtlicherseits die Angelegenheit als nicht sonderlich bedeutsam hingestellt wird, gilt doch als erwiesen, daß die Faschisten wichtige Akten erbeuteten, von ihnen photographische Abzüge herstellen ließen, die vom Notar beglaubigt wurden, um sie dann mit der Post dem Nationalverteidigungsministerium wiederum zurückzusenden. Die Faschisten scheinen bei dieser Gelegenheit auch in den Besitz eines Schreibens einer sehr hochgestellten Persönlichkeit gekommen zu sein, in welchem mit allem Nachdruck auf ein neuerliches Vorgehen gegen Gajda und auf eine endgültige Liquidierung der Angelegenheit gedrängt wird. Man munkelt, daß dieses Schreiben vom Präsidenten Masaryk selbst kam und daß aus ihm klar ersichtlich sei, daß die „Burgpolitik“, als deren Vertreter man Masaryk und Beneš bezeichnet, ein sehr großes Interesse an der Beseitigung Gajdas nimmt. Die Regierung antwortete auf diesen Streich der Anhänger Gajdas mit umfangreichen Hausdurchsuchungen bei allen

Wieder eine spanische Volksvertretung.

Einberufung der Nationalversammlung.

Der König unterzeichnet das Dekret Primo de Riveras.
Madrid, 13. September. König Alfonso hat anlässlich des heutigen vierzigsten Jahrestages des Staatsstreiches Primo de Riveras das ihm von Primo de Rivera vorgelegte Dekret über die Einberufung der spanischen Nationalversammlung unterzeichnet. Wie es heißt, hatte Primo de Rivera diese Frage an einer Kabinettsitzung gemacht, die entscheidend für sein Bleiben oder seinen Rücktritt werden sollte. Die erste Sitzung der Nationalversammlung soll am 10. Oktober stattfinden.

Das Attentat auf dem italienischen Generalkonsulat in Paris.

Paris, 12. Sept. Zu der bereits im Montag-Abendblatt mitgeteilten Bluttat auf dem italienischen Generalkonsulat, die die Pariser Polizei für ein politisches Attentat hält, erzählt die Telegraphen-Union noch folgende Einzelheiten:
Deute vormittag 11.35 Uhr ereignete auf dem italienischen Generalkonsulat ein arbeitslos gekleideter Italiener, der den Vizekonsul, Grafen Kardini, in einer persönlichen Angelegenheit sprechen wollte. Graf Kardini empfing den Fremden in seinem Arbeitszimmer in Gegenwart eines Sekretärs. Der Italiener, der anscheinend von Paris Arbeiter ist, bat den Konsul, ihm die Rückreisefreiheit nach Italien erteilen zu wollen. Er beklagte sich darüber, daß seine Heimatbehörde ihm die Zustimmung zur Rückreise noch nicht bewilligt hätte. Als Graf Kardini nun seinerseits sich weigerte, unter diesen Umständen das Rückreisefreiwort zu geben, zog der Unbekannte seinen Revolver und gab zwei Schüsse auf den Konsul ab, die

beide trafen. Der erste Schuß kreuzte den linken Arm, der zweite durchbohrte das Herz. Kardini sank zu Boden. Er wurde von den herbeieilenden Konsulatsbeamten in die Klinik geschafft, wo er gleich nach seinem Eintreffen verstarb.

Unterdessen gelang es, den Mörder beim Verlassen des Konsulatsgebäudes zu verhaften. Auf dem Polizeikommissariat verfiel er in Nervenkrämpfe, so daß es nicht möglich war, ihn zu verhören und nach den Beweggründen seiner Tat auszufragen. Seine Taten enthielten nichts, was über seine Personallien hätte Aufklärung geben können. Graf Kardini, der 56 Jahre alt ist, lebt seit 27 Jahren in Paris und ist seit 15 Jahren italienischer Vizekonsul. Er ist verheiratet und Vater einer Tochter von 21 Jahren.

Ministerpräsident Poincaré hat dem italienischen Botschafter sein Beileid ausgesprochen lassen.

Der Mörder Kardinis.

Paris, 13. Sept. „Journal“ gibt über das gestrige Attentat auf den italienischen Vizekonsul Grafen Kardini näheren Aufschluß. Der unbekannte Täter habe den Vizekonsul um eine Unterstufung gebeten, damit seine Frau, die in Italien geblieben sei, nach Paris kommen könne. Er habe erklärt, er sei Erdarbeiter, lebe in ziemlich armen Verhältnissen und könne die Mittel für die Reise seiner Frau nicht aufbringen. Kardini habe eine Regelung der Angelegenheit zugesagt, jedoch darauf hingewiesen, daß die Antwort kaum gütig ausfallen dürfte, da die Präfektur der Provinz, in der die Frau des Attentäters lebe, ihre Genehmigung zu der Ausreise aus gewissen politischen Gründen nicht geben würde. Allgemein vertritt man, so erklärt das „Journal“, die Ansicht, daß man es mit einem politischen Attentat zu tun habe. (W. Z. B.)